

## Politische Subjektivierung für ein reifes zivilisatorisches Modell<sup>1</sup>

Wir sind heute mit eher zunehmend dramatischen multiplen Krisenentwicklungen konfrontiert. Die deutschen Gewerkschaften haben darauf mit Diskussionen über einen notwendigen „Kurswechsel“ (Huber 2010, IGM 2012) und – im Blick auf die europäische Handlungsebene – der Forderung nach einem öko-sozialen New Deal (DGB 2012) reagiert, sind aber unter dem Druck der ökonomischen Krisenentwicklungen geschwächt. Die herrschende Politik orientiert im Kern unverändert auf ein „Weiter so“ und ist noch immer in der Lage dafür Mehrheiten der BürgerInnen zu gewinnen. In unseren Zeiten weiter voranschreitender postdemokratischer Entwicklungen (Crouch 2008) stellt sich daher sehr grundlegend die Frage, wie Prozesse der politischen Subjektivierung als Prozesse der Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger gedacht und entfaltet werden können. Der Aufsatz fasst hierzu einige Überlegungen zusammen, die ich systematisch an anderer Stelle (Martens 2014a) ausgearbeitet habe.

Die **Europakrise** – Gegenstand vielfältiger Debatten, am 11./12. 2014 z. B. auch auf der Jahrestagung des „Forums Neue Politik der Arbeit“<sup>2</sup> - ist Teil der Krise eines neo-liberalen Rollbacks, mit dem der wohlfahrtsstaatliche Nachkriegskapitalismus seit Mitte der 1970er Jahre konfrontiert ist. Man muss hier von einem epochalen Umbruch sprechen (Scholz u. a. 2006), der nach vierzig Jahren die einfache Rückkehr zu den wohlfahrtsstaatlichen Nationalstaaten der ersten Nachkriegsjahrzehnte verbaut. Die seit 2010 maßgeblich seitens der Regierung Merkel forcierte Sparpolitik der EU wirkt, statt aus der Europakrise herauszuführen problemverschärfend. Sechs Jahre nach Beginn der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise und angesichts immer noch eher verdrängter ökologischer und politischer Krisenentwicklungen lässt sich der herrschende Politikbetrieb in der Europäischen Union nach wie vor von den Finanzmärkten und einer „international abgehobenen Managerklasse, die auf ‚ihre‘ Politiker wie auf unfähige Bedienstete herabblickt“ (Habermas 2013), zu einer Austeritätspolitik drängen, die aus dem „Teufelskreis zwischen Gewinninteressen von Banken und Anlegern und dem Gemeinwohlinteresse überschuldeter Staaten“ (ebd.) nicht hinausführen kann. Ein Zusammenbruch der Finanzwirtschaft wurde verhindert, aber „die Voraussetzungen für die Rückkehr auf einen Wachstumstrend mit starken Beschäftigungseffekten (sind) heute schlechter als in den 1930er Jahren“ (Zinn 2013, 58). Und zugleich gilt: ohne ein kurzfristig dringliches „standard-keynesianisches“ Wachstumsprogramm „wird Europa (...) im Depressionssumpf versinken“ (Zinn 2013, 48). Wie lange diese in hohem Maße widersprüchliche Konstellation noch ein Zeitfenster für die Kräfte offen hält, „die für ein anderes Europa streiten“, wird die Zukunft erweisen müssen (Urban 2013, 148).

---

<sup>1</sup> Der Aufsatz ist erschienen in der „Gegenblende“, Ausgabe Mai/Juni 2014.

<sup>2</sup> Zum Programm [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de), zu „Thesen und Fragen zur Europa-Krise“ auch [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)

Wir sehen uns mit **multiplen Krisenentwicklungen** konfrontiert. Wir erleben zum einen eine Krise des Sozialstaats (Martens 2014a, 17-37)<sup>3</sup> und der „sozialen Bürgerschaft“ (Balibar 2008). Zum anderen zeichnen einschlägige Wissenschaftler ein zunehmend dramatisches Bild der ökologischen Krisenentwicklungen. E.-U. von Weizsäcker u.a. (2010) sprechen so von einer wirklichen Bedrohung der menschlichen Zivilisation und fordern ein „reifes zivilisatorisches Modell“. Aber die von der Bundeskanzlerin geforderte „marktkonforme Demokratie“ ist nicht nur eine hilflose Fortsetzung des in die Krise geratenen „Eliten-Projekts“ Europa (Enzensberger 2011). Sie ist ein Weg, der die ökologische Krise eher verdrängt und über den die parlamentarischen Demokratien der Mitgliedsstaaten der EU fortschreitend ausgehöhlt werden. Unübersehbar befinden wir uns inzwischen in Europa, „auf dem postdemokratischen Weg zu einem marktkonformen, das heißt auf Finanzmarktimperative zugeschnittenen Exekutivföderalismus“ (Habermas 2013, 122). Im Konzept einer solchen „marktkonformen Demokratie“, für dessen Durchsetzung die Bundeskanzlerin die gegenwärtige Krise nutzen will (Merkel 2013), würde nicht nur die Demokratie auf der Strecke bleiben. Die Chance, die Finanzmärkte immerhin innerhalb eines Wirtschaftsraumes kontinentalen Ausmaßes zu regulieren, würde so vergeblich. Der eingeschlagene Weg bleibt zudem ökonomisch und politisch hochgradig krisenanfällig.

Und bei all dem ist die **ökologische Krise** wohl noch die dramatischste. In der Klimakrise drohen wir den tipping-point in nicht mehr ferner Zeit zu erreichen. Von Weizsäcker u.a. (2010, 363) schreiben: „Das gegenwärtige Wirtschaftswachstum hat sich von der Welt abgekoppelt und ist bedeutungslos geworden. Schlimmer noch. Es ist zu einem blinden Führer geworden“. Und sie weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die gesellschaftliche Reichtumsproduktion in den letzten vierzig Jahren, gemessen am Wachstum der Arbeitsproduktivität, verdoppelt hat, während sich Probleme aufhäufen. Wenn sie dann erklären, wir benötigten ein „reifes zivilisatorisches Modell“, um die Herausforderungen der ökologischen Krisenentwicklungen zu bewältigen<sup>4</sup>, dann ist das eine fundamentale Herausforderung, die unserem selbstverständlichen Denken fremd und geradezu ungeheuerlich sein muss. Sie bringt nämlich gegenüber unserem linearen Fortschrittsdenken die Perspektive der Endlichkeit neu ‚ins Spiel‘ (vgl. Leggewie/Welzer 2009, 10). V. Weizsäcker u.a. führen allerdings nicht näher aus, was sie unter dem Begriff einer reifen Gesellschaft oder Kultur (a. a. O. 369f) verstehen. Klar wird allerdings - die Triftigkeit der genannten Analysen vorausgesetzt<sup>5</sup> -, dass wir uns in einer dramatischen und widersprüchlichen Lage befinden: Zur Bewältigung der ökonomischen Krise brauchen wir dringend

---

<sup>3</sup> Seitenangaben nach dem Manuskript

<sup>4</sup> Dabei ist v. Weizsäcker noch bemüht, Optimismus zu verbreiten. Andere kompetente Autoren wie Randers (2012) sind zutiefst pessimistisch, und Leggewie/Welzer (2009) fordern die Einleitung einer „großen Transformation“ und meinen, an wirtschaftlichen Stellschrauben (zu) drehen, wie 2008/09 in Form von Konjunkturprogrammen und umweltpolitischen Reparaturmaßnahmen, gleicht dem Austausch eines defekten Wasserhahns in der Erste-Klasse-Kabine der Titanic, nachdem sie den Eisberg gerammt hat. Ungerührt lautet die Devise an Deck: Wir sind unsinkbar“ (a. a. O. 52).

<sup>5</sup> Zu einem Überblick über die aktuelle Literatur siehe Martens (2014a, 38-56).

statt der herrschenden Austeritätspolitik einen ökologischen New Deal. Mittelfristig hingegen reicht die „Effizienzrevolution“ um den „Faktor V“, die v. Weizsäcker u.a. technologisch für möglich halten und mit ausführlichen Analysen untermauern, nicht aus. Vielmehr benötigen wir einen Umbau der Wirtschaft, bei dem andere Steuerungsziele und –konzepte wichtig werden als die der von den Neoliberalen gebetsmühlenartig wiederholten Wachstumserwartungen und –Versprechen.<sup>6</sup>

Sicherlich gibt es Widerstand, wachsend auch auf Seiten der Gewerkschaften, aber **die Akteure für einen „Kurswechsel“ sind chronisch in der Defensive**. Proteste haben einen eher lokalen Charakter behalten, wie Habermas (2013, 122) konstatiert: „in den brennenden Straßen von London, auf der Puerta del Sol in Madrid, vor dem Rathaus in Lissabon auf dem Syntagma-Platz in Athen usw. Abgesehen von Occupy Wallstreet unterscheiden sich diese Bewegungen in Anlass, Charakter, Zusammensetzung und Motivation so sehr voneinander wie die nationalen Anlässe und Umstände.“

Natürlich spielt hier auf Seiten der Gewerkschaften der Druck der unverändert hohen Arbeitslosigkeit eine Rolle – und in Deutschland sind die Verhältnisse (noch) nicht so wie in Südeuropa. Hier hätte man noch viel zu verlieren; und damit drohen die Konservativen im Werben um ihr „Weiter so“. Und sicherlich spielen der Opportunismus des herrschenden Politikbetriebs und das ihn flankierende Infotainment der Leitmedien ihre Rolle. Aber man sollte nicht übersehen, dass wir, spätestens seit 1989 – aber nach der Implosion des Realsozialismus noch schärfer als zuvor – mit einem moralischen Verschleiß der lange als sozialistisch gedachten Alternativen konfrontiert sind. Zu Zeiten der Regierung Schröder wurde im Bundeskanzleramt stattdessen eine neue „Tugend der Orientierungslosigkeit“ ausgerufen (Nowak 2001, kritisch dazu Martens 2013, 174ff). Unter dem Druck eines stetig forcierten neoliberalen Rollbacks wurde schon lange vorher eine Aufgabe früherer Reformpolitiken in Anpassung an die Versprechen einer nunmehr besseren Zukunft im Zeichen entfesselter Märkte vollzogen. Der Reformbegriff in den herrschenden Diskursen zielte längst auf den Abbau alter sozialstaatlicher Sicherungen und schon lange nicht mehr auf Verbesserungen für die Menschen. Erst seit der neuen Weltfinanzkrise orientieren hierzulande wieder alle Parteien des herrschenden Politikbetriebs, und ebenso die großen Verbände auf bewährte Institutionen und politische Strategien. Dass die BürgerInnen hier so wenigstens auf die Sicherung eines Status Quo hoffen, der im europäischen Vergleich ja auch immer noch relativ komfortabel ist, erklärt sich auch vor diesem Hintergrund.

Dass sich die Lage weiter krisenhaft zuspitzt und sich politisch doch so wenig bewegt, ist Herausforderung dazu, sehr grundlegend nachzudenken. Und was da für ein „reifes zivilisatorisches Modell“ stehen könnte, ist zutiefst klärungsbedürftig. Aber

---

<sup>6</sup> Aktuell einmal mehr im Zusammenhang mit dem zwischen EU und USA verhandelten Freihandelsabkommen TTIP, das ganz im Geiste des neoliberalen Wachstumsdogmas einmal mehr glänzende Perspektiven verspricht und Unternehmen mit einer Investitionsschutzklausel privilegierte Klagerechte vor nicht öffentlichen Schiedsgerichten gegen staatliche Gesetzgebungen eröffnen soll, die ihre Gewinninteressen begrenzen könnten.

wir werden hier Klärungen brauchen, wenn einmal Mehrheiten verändert werden sollen. Der Verlust der alten Utopien wird zur **Herausforderung zu einem neuen Denken**. Unter Gewerkschaftern sollte man hier vielleicht daran erinnern, dass die alte Arbeiterbewegung, aus der die Gewerkschaften hervorgegangen sind, einmal als Erbe des Projekts der europäischen Aufklärung aufgetreten ist. Einige sprechen heute von deren „vergessenem Erbe“ (Blom 2011). Und vielleicht müsste man heute die europäische Aufklärung neu denken, wie das manche kluge Konservative, wie z. B. Heiner Geißler (2012) inzwischen fordern.<sup>7</sup> Man kommt dann z.B. dazu, sich die Unabgeschlossenheit des „demokratischen Projekts der Moderne“ (Martens 2012) klar zu machen, das gerade einmal 240 Jahre alt ist. Man wird sich vor Augen führen, dass die amerikanische Demokratie in einer ausgesprochen egalitären, noch weitgehend vorkapitalistischen Gesellschaft begonnen hat, und man wird mit Hannah Arendt sehen, dass von den ersten großen bürgerlichen Revolutionen an immer auch ausgesprochen radikaldemokratische Vorstellungen eine erhebliche Rolle spielten. Man gewinnt einen geschärften Blick dafür, dass der „Prozess der Zivilisation“, den Norbert Elias von den Kriegergesellschaften des frühen Mittelalters bis zum europäischen Absolutismus untersucht hat, aus seiner Sicht bis in unsere Gegenwart hinein unabgeschlossen ist - und dass seine Erwartung einer langfristig unausweichlichen „fundamentale Demokratisierung“ unserer immer komplexer werdenden Gesellschaften, sich jedenfalls ganz offensichtlich nicht so einfach durchsetzt. Man wird mit Michel Foucault darüber nachdenken, dass die Fortsetzung dieses Zivilisationsprozesses in unserer kapitalistischen Moderne als ein fortschreitender Prozess der Zurichtung und Selbstunterwerfung unter veränderte Herrschaftsformen verstanden werden kann. Und schließlich kann man, an Helmuth Plessners philosophische Anthropologie und auch wieder an Hannah Arendt anschließend, darüber nachdenken, wie vor diesem Hintergrund die Fähigkeit von uns Menschen als hochintelligenten, empathiefähigen und deshalb zu Kooperation, zusammen Denken und Handeln begabten Primaten, „das Wunder der Politik“ immer wieder möglich macht. Damit wäre man bei Jacques Rancières „politischer Subjektivierung“ als einem Prozess der Selbstermächtigung angekommen. – mit einem erweiterten Verständnis von Subjektivität allerdings.

Unser Blick wäre vielleicht aber auch dafür geschärft, dass in den Diskursen, die sich mit den genannten AutorInnen verknüpfen, wichtige Fragen weitgehend ausgespart sind: die seit dem Beginn unseres Zivilisationsprozesses tief im Geschlechterverhältnis fundierten Herrschaftsverhältnisse spielen darin nur eine geringe Rolle. Und dass es in den Debatten der europäischen Aufklärung höchst kontroverse Positionen in Bezug auf unser Verständnis der wissenschaftlich-technischen Beherrschung der Natur gegeben hat, wird einem ebenso nicht entgehen. Im Blick auf die ökologische

---

<sup>7</sup> Und das ist wahrlich ein großes Programm, dem dieser Aufsatz selbstverständlich nicht Rechnung tragen kann. Ich bin ihm in meinem Buch mit Mut zum Eklektizismus nachgegangen, indem ich versucht habe – auf der Folie eines durch einige westliche Marxisten wie E. Bloch, J. Schumacher, O., Negt, F. O. Wolf oder P. v. Oertzen geprägten Denkens – so unterschiedliche Autoren wie N. Elias, H. Plessner, H., Arendt, J. Rancière und M. Foucault weiter- und zusammen zu denken (Martens 2014, 80 - 123).

Krise stößt man hier aber neu auf anregende Fragen. Auch würde man wohl - die an Marx anknüpfenden Denkrichtungen nicht vergessend – bei all dem Im Blick behalten, dass mit der ungeheuren Entfaltung des gesellschaftlichen Reichtums im Zuge der kapitalistischen Entwicklung auch ein entsprechender Reichtum an Fähigkeiten der einzelnen Menschen verknüpft ist. Die vielberufenen modernen „WissensarbeiterInnen“ haben heute ein Potential zur aktiven arbeitspolitischen und politischen Gestaltung ihrer gemeinsamen Lebensverhältnisse, das es historisch so noch nie gegeben hat (Martens 2014b, 298-308). Die Voraussetzungen für einen nächsten Schritt der Demokratisierung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft waren noch nie so gut. Und sie sind auch die Voraussetzungen dafür, eben durch zusammen Denken und Handeln jenen multiplen Krisenentwicklungen zu begegnen, die unser heutiges Zivilisationsmodell gefährden.

Zentrale Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund: Selbstunterwerfung und Selbstermächtigung der BürgerInnen im Anschluss an Foucault weiter zu denken, bei der Aufgabe gleiche Freiheitsrechte für alle durchzusetzen, so dass „alle Menschen handelnde Wesen“ (Arendt) werden können, historisch sehr viel weiter zurückliegende Herrschaftsformen als nur die des Kapitalismus zu kritisieren und Demokratie als gesellschaftliche Verkehrsform zur partizipativen Verlebendigung und Erweiterung unserer parlamentarischen Demokratie als realistisches Ziel neu anzugehen. Aber wenn wir Demokratie so als „unendliche Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006) begreifen, dann stehen wir nicht nur **nicht am Ende der Geschichte sondern**, philosophisch gesprochen, **vor dem Abgrund unserer Freiheit**. Hanna Arendt verwendet diese Formulierung im Zusammenhang von Reflexionen zur Größe der Herausforderungen, denen sich die Gründerväter der amerikanischen Republik gegenübersehen (Arendt 1979, 421-442). Wie sie zeigt, war der Vollzug tiefgreifender Umbrüche für sie auch eine auch erschreckende Vorstellung. Was den Menschen aus der Selbstverständlichkeit der alten Ordnung heraus Sicherheit versprach, steht plötzlich womöglich grundlegend in Frage. Das ist heute gerade so wie am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne – etwa hinsichtlich der selbstverständlichen Führungsansprüche wirtschaftlicher, oft genug aber auch politischer Eliten, hinsichtlich unseres linearen Fortschrittsdenkens, unseres Verständnisses der herrschaftlichen Nutzung von Wissenschaft und Technik – und in vielen Teilen der Erde immer noch auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses. Meine These ist, dass tiefgreifende Änderungen, und um die geht es angesichts fortgeschrittener Postdemokratisierung, da nur denkbar sind unter aktiver Nutzung des Wissens und Mutes der BürgerInnen – also durch radikale Antworten auf die demokratische Frage

Das ist auch eine Herausforderung für die deutschen Gewerkschaften (Lehndorff 2012). Dass sie mittlerweile Beteiligung stärken und über eine neue Wirtschaftsdemokratie sehr grundlegend neu nachdenken, stimmt da hoffnungsvoll, aber es sei daran erinnert: Viele Ansätze aus der Zeit des „mehr Demokratie wagen“ in den 1970er Jahren sind heute ziemlich vergessen. Reformstrategien sind damals am Widerstand ihrer Gegner gescheitert. Die heutigen Krisenentwicklungen konfrontieren uns mit der Herausforderung, eine damals verloren gegangene Perspektive auf

schrittweise Veränderung unserer Gesellschaft zu besseren, heute würden wir sagen nachhaltigen Lösungen neu zu durchdenken – und sie bieten dazu auch die Chance. Und Reformen, selbst solche über den Kapitalismus hinaus, können und dürfen nicht wieder in der Perspektive der Erreichung irgendwelcher Endzustände gedacht werden. Die Verhältnisse für alle BürgerInnen zu bessern und dabei alle am demokratischen Prozess der Gesellschaft aktiv zu beteiligen – dass wäre ja Demokratie als Lebensform – ist eine „unendliche Aufgabe“ mit der jede neue Generation neu konfrontiert sein wird.

Wenn man Zukunftsfragen so stellt, geht es nicht darum, Vertrauen in einen schon irgendwie richtigen, Stabilität oder Besserung versprechenden Gang der Dinge zu haben - sei es in die Stabilität der in der Vergangenheit erkämpften demokratischen, sozialstaatlichen usw. Institutionen oder die vielberufenen Selbstheilungskräfte des Marktes – systemtheoretisch gesprochen in die stetig weitere Ausdifferenzierung und Selbststabilisierung komplexer moderner Gesellschaften -, sei es in gleichsam zwingende gesellschaftliche Tendenzen in Richtung auf eine lichte Zukunft („Mit uns zieht die neue Zeit“), wie das für die alte Arbeiterbewegung in ihren verschiedenen Strömungen und Fraktionierungen ja charakteristisch gewesen ist. Vielmehr geht es dann darum, wie lange man einen Selbstlauf solcher gesellschaftlichen Prozesse - den man heute mit Hannah Arendt doch eher als einen „losgelassenen Verzehrungsprozess“ begreifen muss - noch hinnehmen will und was man an dem gesellschaftlichen Ort, an dem man lebt und arbeitet, dafür tun kann, Änderungen in Richtung auf Besserung der Lage voranzubringen. Auch hier gilt nochmals: Es stimmt hoffnungsvoll, dass die Gewerkschaften auf dem Weg zu einer neuen Politik der Arbeit zunehmend darauf setzen, ihre primäre Organisationsmacht durch Beteiligung der Menschen, ihrer Mitglieder wie auch der Nichtmitglieder, zu stärken – und so vielleicht auch institutionell befestigte Machtpositionen neu zu gewinnen. Es gilt über Demokratisierung der Wirtschaft als wichtigen Impuls für Gegenbewegungen gegen eine weiter fortschreitende Postdemokratisierung nachzudenken und breit zu diskutieren und dabei nicht zu vergessen, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft ohne eine Demokratisierung der Arbeit nicht zu haben sein wird. Und Im Blick auf die eingangs skizzierten multiplen Krisenprozesse muss man sich klar darüber sein, dass nachhaltige Lösungen bei uns letztlich nur auf europäischer Ebene erreicht werden können, auch wenn man sich Ansätze dazu heute wohl nur ausgehend von der je nationalstaatlichen Ebene entfalten lassen. Von hier ausgehend gilt es die Dynamik zu entfalten, aus der heraus allein Europa neu erfunden werden könnte.

### **Literatur:**

Arendt, H. (1971): (1979/98): Vom Leben des Geistes, München-Zürich

Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Bürgerrechte zur Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen., P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster, S. 70-88

- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt am Main
- Geißler, H. (2012): Sapere aude! Warum wir eine neue Aufklärung brauchen, Berlin
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Habermas (2013): Im Sog der Technokratie, Teil III: Europäische Zustände. Fortgesetzte Interventionen, Berlin, S. 115-160
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechselkongress Berlin, 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2009): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten, Frankfurt am Main
- Lehndorff, S. (2012): „Besser statt billiger“: Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn, in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit, Hamburg, S. 203-221
- Martens, H. (2012): Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblende.de>
- (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
  - (2014a): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell, Münster
  - (2014b): Beteiligung und Demokratisierung angesichts „Neuer Arbeit“ , in: Schröder, L.; Urban, H.-J. (Hg.) Gute Arbeit. Ausgabe 2014, S. 298-306
- Merkel, A. (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos)
- Nowak, W. (2002): Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik, in: Fricke, W. (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 215-220
- Randers, J. (2012): 2052 – Der neue Bericht an den Club of Rome Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, München
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Urban, H.-J.(2013):Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus Hamburg
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Zinn, K. G. (2013); Eine Keynesianische Einschätzung der Euro-Krise, in: Das Argument, 301/2013, Widersprüche und Kontexte der europäischen Integration, S. 47-60